

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 9. Juni 2004

„Ladenschluß“: symptomatisch für deutschen Geisteszustand Jetzt Wettbewerb ermöglichen: Bundesregierung ist in der Pflicht

Nach der aktuellen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das Bundesladenschlußgesetz als verfassungsgemäß einzustufen, aber eine eventuelle Freigabe in die Hände der Länder zu legen, ermutigt die Stiftung Marktwirtschaft Bundesregierung und Bundesländer, aktiv zu werden.

„Ich bedaure, daß das Bundesverfassungsgericht kein klares Signal gesetzt hat“, so Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. „Nun wird eine Reform erheblich komplizierter.“ Denn die Neuregelung auf Länderebene ist erst möglich, wenn zuvor eine formelle Freigabe der Materie durch den Bund erfolgt ist. „Wirtschaftsminister Clement muß durch eine Öffnungsklausel im Bundesladenschlußgesetz den Weg frei machen für Initiativen der Länder.“

Dann könnten einige Länder aktiv werden und den Ladenschluß freigeben. „Mehr Mut zum Markt ist in diesem Bereich dringend notwendig. Das Fallen des zentral geregelten Ladenschlusses werktags könnte eines der Symbole für Deregulierung, Wettbewerb und Dynamik sein, die wir in der aktuellen Lage dringend brauchen.“ Allein das Wort „Ladenschluß“, so Eilfort, sage viel über den deutschen Geisteszustand aus – „als ob es vornehmste Aufgabe eines Geschäftes sei, geschlossen zu sein! Im Englischen dagegen spricht man von ‚opening hours‘ und im Französischen von ‚heures d’ouverture‘“.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, Entscheidungen über Ladenöffnungszeiten in den Kompetenzbereich der Länder zu geben, erscheint der Stiftung Marktwirtschaft als sinnvoll. „Dies ist einer von vielen Bereichen, in denen die Länderkompetenzen gestärkt werden sollten. Dieses Urteil könnte auch auf andere Bereiche Auswirkungen haben.“ Und: „Warum muß der Ladenschluß bundeseinheitlich geregelt sein?“, fragt Eilfort. Bereits jetzt gebe es in den deutschen Grenzgebieten einen ausgeprägten Einkaufstourismus in die Nachbarländer mit liberaleren Ladenöffnungszeiten. „Dieser wäre dann auch zwischen den Bundesländern möglich und würde schnell dazu führen, daß auch die Nachzügler ihre Öffnungszeiten liberalisieren.“

(51 Zeilen à 40 Anschläge)

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Katrin Schnettler
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057–33
Fax: (030) 206057–57
E-Mail: schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de